

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/26

Bonn, den 6. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Der Objektivität verpflichtet</u>	69
	Zur Errichtung des "Gesamtdeutschen Instituts"	
	Von Dr. Günter Wetzel, Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen	
2a	<u>Vor dem zivilen Überschallverkehr</u>	42
	Verzwickte Rechtsfragen	
	Von Dr. Hans Apel, MdB	
3 - 4	<u>Spanien undurchsichtiger denn je</u>	69
	Zahllose Gerüchte - wenig genaue Informationen	
	Von unserem SD-I-Korrespondenten in Madrid	
	<u>FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:</u>	
	Mitbestimmung schafft mehr Gerechtigkeit	
	- Interview mit Marlies Kutsch, IG Bergbau -	
	"Frauen müssen sich solidarisieren"	
	- Dr. Renate Lepsius fordert Kampf gegen Leichtlohngruppen -	

Der Objektivität verpflichtet

Zur Errichtung des "Gesamtdeutschen Instituts"

Von Dr. Günter Wetzel,
Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch der Errichtung einer Bundesanstalt für gesamtdeutsche Angelegenheiten zugestimmt, die dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen nachgeordnet werden wird. Damit sind die Weichen für eine verstärkte Effizienz der Arbeit des Ministeriums gestellt. Die Bundesanstalt, die wahrscheinlich den Namen "Gesamtdeutsches Institut" tragen wird, soll nicht die Zahl bürokratischer Institutionen vermehren, sondern mit der Zusammenfassung, Straffung und Koordinierung der Arbeit von mehreren seit vielen Jahren bestehenden Einrichtungen ein wirkungsvolles Instrument für die Verbesserung und Verstärkung der gesamtdeutschen Arbeit bilden.

Bisher mußte das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen bei seiner Arbeit auf Institutionen privatrechtlichen Charakters - vorwiegend eingetragene Vereine - zurückgreifen. Zu diesen Institutionen gehört der Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands e.V. - mit dem Archiv für gesamtdeutsche Fragen, den drei "Büros Bonner Berichte", der Film-, Bild- und Tonbandstelle, dem Büro für gesamtdeutsche Hilfe und der Redaktionsgruppe - sowie die Vereinigung Freiheitlicher Juristen e. V. in Berlin, die Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen e. V., Berlin, und das Archiv Berlin. Zu verschiedenen Zeiten gegründet und teilweise erst später dem Ministerium unterstellt, führten diese Vereine bisher ein Eigenleben, das oft Doppelarbeit und Überschneidungen zur Folge hatte und die Koordinierung erschwerte.

Auch die Zusammenarbeit mit dem Ministerium war nicht immer leicht, denn bei dieser rechtlichen Konstruktion war einfach der Draht zwischen Ministerium und Vereinen zu lang. Das soll jetzt anders werden. Mit der Gründung der Bundesanstalt wird auch der öffentliche Charakter dieser Aufgaben unterstrichen. Für die Bediensteten der Vereine, die jetzt in den öffentlichen Dienst kommen, werden klare Rechtsverhältnisse geschaffen.

Bei der Errichtung des Gesamtdeutschen Instituts geht es um drei Ziele:

1. Durch Zusammenfassung der - bei sich teilweise überschneidenden Arbeitsgebieten - bisher parallel arbeitenden Institutionen wird eine Rationalisierung, Koordinierung und Verbesserung der Arbeit erreicht. Das Ministerium erhält also ein wirkungsvolles Instrument für seinen Aufgabenbereich.
2. Die neue Bundesanstalt erfordert keine zusätzlichen finanziellen Aufwendungen. Sie kostet also dem Steuerzahler keinen Pfennig mehr als bisher für die einzelnen Institutionen aufgewandt wurde.
3. Durch Einsparungen im Personaletat, die durch Koordinierung in der Bundesanstalt erreicht werden, stehen mehr Mittel für die Sachaufgaben zur Verfügung.

Aufgabe der Bundesanstalt wird es sein, die Bevölkerung der Bundesrepublik objektiv und möglichst umfassend über alle wichtigen Entwicklungen und Vorgänge in der DDR sowie über die Deutschlandpolitik der Bundesregierung zu unterrichten. Das heißt konkret: Hier wird es keine Schwarz-Weiß-Malerei geben, keine einseitige Auswahl des Materials oder tendenziöse Färbung. Das Gesamtdeutsche Institut wird mit seinen Fachleuten alle zur Verfügung stehenden Unterlagen über die Entwicklungen in vielen Lebensbereichen in der DDR erfassen, auswerten und analysieren. Dabei bedarf es wohl kaum des Hinweises, daß es sich hier nicht um die Beschaffung geheimen Nachrichtenmaterials handelt, sondern um die Auswertung offenen Materials wie Zeitungen, Fachzeitungen, Gesetzestexte, wissenschaftliche Literatur und ähnliches, die dem einzelnen Interessierten in der Bundesrepublik meist nicht zur Verfügung stehen. Die Mitarbeiter der Bundesanstalt werden sich bemühen, die Informationen, die sie zusammentragen, weitmas mehr als bisher der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um durch eine bessere und konkrete Information über den anderen Teil Deutschlands zum Zusammenhalt des Volkes mit beizutragen.

Daneben wird die Bundesanstalt auch Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen der bisherigen Institutionen weiterführen. Sie erhält dazu auch Verwaltungsaufgaben aus dem Ministerium übertragen, die mit Förderungsmaßnahmen, Begegnungen und Informationsreisen verbunden sind. Diese Arbeit steht jedoch nicht im Vordergrund. Das Gesamtdeutsche Institut soll vielmehr im klaren Auftrag des Ministeriums zu einer besseren Unterrichtung über den von uns getrennten Teil Deutschlands beitragen und den Bürger umfassend über die Entwicklung in der Deutschlandpolitik informieren. In dieser Verbesserung der gesamtdeutschen Öffentlichkeitsarbeit liegt die besondere Bedeutung des künftigen Gesamtdeutschen Instituts und seiner Arbeit.

Vor dem zivilen Überschallverkehr

Verzwickte Rechtsfragen

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die Bundesregierung will den zivilen Überschallverkehr über der Bundesrepublik nicht zulassen. Das ist zu begrüßen, denn die im Überschallbereich fliegenden Flugzeuge schleppen einen "Knallteppich" hinter sich her, der am Boden in einer Breite von 80 bis 120 km wahrnehmbar ist. Amerikanische Testversuche im Jahr 1964 haben das Ziel gehabt, Aufschluß über die zu erwartenden Belästigungen zu erhalten. Das Ergebnis dieser Schallversuche rechtfertigt die rigorose Haltung der Bundesregierung.

Es muß dennoch die Frage gestellt werden, ob die vorhandenen Rechtsgrundlagen ausreichen, den zivilen Flugverkehr im Überschallbereich über der Bundesrepublik zu untersagen. Das Chicagoer Abkommen, ein Grundgesetz des internationalen Flugverkehrs, und die sich anschließenden Abkommen verpflichten alle Mitgliedstaaten, den anderen Vertragsstaaten im planmäßigen internationalen Luftverkehr das Überfliegen ihres Hoheitsgebietes zu gestatten. Die Bundesregierung kann zwar den Überschallverkehr auf bestimmte Luftstraßen verweisen. Das hilft aber angesichts der Besiedlungsdichte unseres Landes und der Breite des "Knallteppichs" nur wenig.

Die Abkommen über den internationalen Luftverkehr konnten bei ihrem Abschluß keinen Bezug nehmen auf die neuartigen Probleme des Überschallverkehrs. Sie gelten aber auch für den Überschallverkehr. Deshalb muß davon ausgegangen werden, daß die geltenden Bestimmungen nicht ausreichen, ein allgemeines Verbot des Einflugs und des Überflugs über unser Land allein darauf zu begründen, daß es sich bei dem die Verkehrsrechte ausübenden Flugzeug um ein Überschallflug handelt.

Die Bundesregierung hat allerdings die Möglichkeit, aufgrund Art. 38 des Chicagoer Abkommens besondere Vorschriften zu erlassen, die von den internationalen Regelungen abweichen. Hier ist unter Umständen eine Möglichkeit gegeben, die Bundesbürger vor dem Überschallknall zu schützen. Dennoch wäre eine einseitige nationale deutsche Maßnahme politisch wie ökonomisch nicht unproblematisch. Aus diesem Grunde kommt es vor allem darauf an, einen internationalen Sperrvertrag zum Verbot des zivilen Überschallverkehrs über bewohntem Gebiet abzuschließen. Die ICAO hat im letzten Jahr auf ihrer September-Tagung in Buenos Aires beschlossen, sich zunächst um die Frage der Zumutbarkeit der neuen Lärmbelastigung zu kümmern. Erst dann sollen Verhandlungen über ein entsprechendes internationales Abkommen eingeleitet werden.

Angesichts der Tatsache, daß die russische TU 144 schon fliegt und die Concorde kurz vor den ersten Probeflügen steht, ist Eile geboten. Es darf nicht dazu kommen, daß Hunderttausende in ihrer Ruhe gestört werden, damit einige wenige sechs Stunden schneller als bisher von Europa nach Nordamerika fliegen können.

Spanien undurchsichtiger denn je

Zahllose Gerüchte - wenig genaue Informationen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Das Zeitalter der Kreml-Astrologie ist tot - es lebe das Zeitalter der Pardo-Astrologen. Jene ausländischen Diplomaten und Journalisten, die in Madrid die spanische Entwicklung nach Verhängung des dreimonatigen Ausnahmezustandes verfolgen, haben sich in "Pardo-Astrologen" verwandelt. Auch die versiertesten diplomatischen Beobachter sind nicht mehr in der Lage, um zu erkennen, was in Spanien überhaupt vor sich geht. Eine gutgeölte Zensur sorgt dafür, daß konkrete Informationen fehlen. Sichern im Kreml dann und wann offizielle Nachrichten über Vorgänge wie das mutmaßliche Attentat gegen die Sowjetführer durch, so breitet Spaniens Zensur einen dichten Schleier über Zwischenfälle, Streikbewegungen oder Verhaftungen. Diese von ihren Initiatoren für klug gehaltene Maßnahme hat die Wirkung eines Bumerangs und zerstört das Image, das Spanien sich seit einigen Jahren im Ausland zu schaffen versuchte und das mit dem UNO-Sicherheitsratssitz sichtbar belohnt wurde. Daß es mit der spanischen Informationspolitik auch ohne Ausnahmezustand nicht zu besten steht, enthüllte das Syndikatsorgan "Pueblo" in Madrid, als es einen spanischen Sprachlehrer aus London zu Wort kommen ließ, der den "Mangel an echter Information" im wöchentlich in Großbritannien mit einer Auflage von etwa 35.000 Exemplaren verbreiteten spanischen amtlichen Bulletin "ES - Spain this week" anprangerte.

Seit dem Ausnahmezustand tauchen im ganzen Land verwirrende Gerüchte auf, die amtlich nur in den seltensten Fällen aufgegriffen, bestätigt oder dementiert werden. Die einzige Informationsquelle für die Auslandspresse sind oppositionelle Kreise, die naturgemäß nur lückenhaft über die Vorgänge in den eigenen Reihen informiert sind und gelegentlich auch absichtlich gezielte Informationen verbreiten, deren Wahrheitsgehalt nicht immer nachprüfbar ist.

Da keine ergänzenden amtlichen Auskünfte zur Verfügung stehen, geraten die in Spanien tätigen Auslandskorrespondenten in ein schweres Dilemma. Der Artikel 10 des gültigen Auslandspresse-Dekrets 744

sieht Maßnahmen gegen Korrespondenten vor, "deren Informationen sich als falsch oder tendenziös erweisen". Allein der Begriff "tendenziös" läßt jede beliebige Auslegung zu; der Gedanke, ein internationales Statut für Auslandjournalisten zu schaffen, tauchte erstmals nach dem Umsturz in Griechenland aufgrund trüber Erfahrungen auf. Nach den Vorgängen in Spanien wird es sogar hohe Zeit, daß ein solches Statut wirklich zustandekommt und von einer Vielzahl von Regierungen akzeptiert wird.

Die Folge einer Informationspolitik, die zum größten Teil in Stillschweigen besteht, sind verwirrende Angaben über die Anzahl der in Spanien erfolgten Verhaftungen. Manche Angaben nennen sogar astronomisch hohe Zahlen, die von Kennern nicht mehr ernst genommen werden.

Auch die Ursachen des Ausnahmezustandes bleiben weiterhin im Dunkel. Niemand wird annehmen, daß eine "Minorität randallierender Studenten" allein den Staatsnotstand auslösen kann. So wurden zwischen den Zeilen in der Presse auch andere Ursachen erwähnt wie das immer ungestümere Drängen nach Abschaffung der politischen Sonderjustiz, die "Sit ins" von Ehefrauen politischer Häftlinge in Spaniens Kirchen, die mögliche Vorbereitung zur Wiederherstellung der Monarchie.

Die "Funkstille" amtlicher Kreise zu diesem Fragenkomplex deutet darauf hin, daß die Madrider Regierung den Ausnahmezustand nicht ganz freiwillig ausgerufen hat, sondern eher auf Drängen einflußreicher Militärs, denen die "lasche Handhabung des Schutzes der öffentlichen Ordnung" schon lange ein Dorn im Auge ist. Auf den Straßen und Plätzen Spaniens ist vom Ausnahmezustand nichts zu bemerken, die Bevölkerung verhält sich äußerst ruhig und gefaßt.

In diplomatischen Kreisen tauchte wiederholt die Vermutung auf, ob nicht "mit Kanonen auf Spatzen" geschossen werden soll. Die Frage, ob ein solcher Ausnahmezustand dem internationalen Prestige Spaniens nützt, erübrigt sich, zumal dieser Gesichtspunkt spanische Regierungskreise überhaupt nicht beunruhigt. Überraschungen sind in Spanien in den kommenden Monaten nicht ausgeschlossen.

Die Pardo-Astrologen werden daher wohl für einige Zeit eine ungeahnte Hochkonjunktur erleben.